Bezugs-Preis in Köln, mit Sonntagsbeilage Colonia, wöchentl. 10 Pfg, monatl. 40 Pfg., auswärts 50 Pfg.

Anzeigen-Preis:
15 Pfg. die einspaltige Zeile (dritte und letzte Seite 18 Pfg.). Kölner Stellen- und Arbeits-Gesuche so wie Miet-Anzeigen für kleine Wohnungen bis zu 10 Zeilen bei Vorausbezahlung 10 Pfg. die Zeile.
Auswärtige Anzeig. 20 Pfg (dritte u. letzte Seite 25 Pfg.).
Reklamen 50 Pfg., zweite Seite 60 Pfg. für hiesige, 75 Pfg für auswärtige. — Offerten-Annahme 25 Pfg.

Postpreis mit der Sonntags-Beilage Colonia M. 1,50 (3 Mon.), M. 1,— (2 Mon.), M. 0,50 (1 Mon.), ausschl. Bestellgeld.

Kölner
Local-Anzeiger

Geschäftsstelle und Anzeigen-Annahme: Marzellenstrasse 37.

General-Anzeiger für die rheinische Hauptstadt. * Kölner Fremdenblatt.

Nr. 324. Morgen-Ausgabe. Geschäftsstelle: Fernspr. 420. Köln, Montag, 22. November 1909. Redakt.: 5231, 5232, 5233, 5234. 4 Seiten.

Zur Stadtverordnetenwahl.

Vor der Entscheidung.

versammelten sich gestern vormittag die Zentrumswähler nochmals in großen Massen im großen Saal der Bürgergesellschaft, um Protest einzulegen gegen die unwahrhaftige Kampfesweise der Liberalen und ihre Treue der Zentrumspartei zu beweisen, die einen schweren Kampf zu bestehen hat.

Hr. Dr. **Mertens** führte in der Begrüßungsansprache aus: Ich bin durch den Stadt-Anzeiger gezwungen, noch einmal auf meine Worte in der letzten Volksversammlung zurückzukommen; der Stadt-Anzeiger schreibt:

> Was die konfessionelle Hetze betreffe, so habe er, Dr. Mertens, bisher kein Wort von Konfession zu den Wählern gesprochen, aus prinzipiellen Gründen nicht, nur von christlicher Weltanschauung. Die liberale Weltanschauung sei keine christliche Weltanschauung. Wer Gottes Wort anzweifle, der leugne auch Gott. Darwinismus, Materialismus und Sozialismus seien aus dem Liberalismus hervorgegangen. Mit der Blüte des Liberalismus sei es zu den Kulturkämpfen gekommen, in dieser Zeit habe auch die Sozialdemokratie ihren Vater gefunden. (Dr. Mertens hat also genau das bestätigt, was Professor Moldenhauer behauptet hat; er stempelt alle Männer, die sich zum Liberalismus bekennen, zu Gottesleugnern. Unter dem Deckmantel der christlichen Weltanschauung wird hier der Gegner in unverantwortlicher Weise verunglimpft, es wird in das Gebiet seines persönlichen Denkens, seines persönlichen Innenlebens, denn Religion ist persönliches Leben, von einer Seite eingegriffen, der ein Recht darauf nicht zusteht. Dr. Mertens predigt den krassesten Gewissenszwang. Um politische Vorteile zu erringen, verquickt er Religion und Politik.)

Die Logik, die in diesen Worten liegt, ist geradezu fürchterlich. Mit einer solchen Logik kann man eben alles beweisen. Der Stadt-Anzeiger will und muß zu dem Schlusse kommen, das Zentrum oder sein Vorsitzender verquickt Religion und Politik; es greift in das Innenleben seiner Mitmenschen ein, also: wählt nicht Zentrum. Dabei ist ihm kein Sprung ins Blaue zu groß und kommt es ihm nicht darauf an, einem Redner die Worte im Munde zu verdrehen. Ein solches Verhalten verdient die volle Verachtung der ganzen Bürgerschaft. (Stürmischer Beifall.)

Vergegenwärtigen wir uns noch einmal, was ich gesagt habe. Es lautete wörtlich: „Hr. Moldenhauer hat dann gesagt: »Was für ein Recht hat diese Partei, zu sagen, daß, wer nicht wie sie gesinnt ist, kein Christ mehr ist.« Ich frage Hrn. Moldenhauer: »Wer hat das gesagt?« Wir kümmern uns niemals um die einzelne Person und seine Ansichten, das geht uns garnichts an. Aber die liberale Weltanschauung ist keine christliche. Um dieses zu beweisen, will ich nur einen wichtigen Punkt der liberalen Weltanschauung hervorheben, auf den Hr. Moldenhauer so stolz ist. Es ist der von der freien Wissenschaft. Auch wir sind in allen Zweigen der Wissenschaft frei, in technischen, in wissenschaftlichen Fragen usw., nur in einem Punkte sind wir nicht frei, das ist in der Beurteilung des Wortes Gottes. Was Gott gesagt hat, ist für uns Wahrheit, und wer an der Wahrheit des Wortes Gottes zweifelt, zweifelt an der Gottheit selbst."

Das sind meine Worte, deren Richtigkeit wohl kein logischer Mensch bezweifeln kann. Dann habe ich wörtlich weiter gesagt: Es ist wohl mehr als Zufall, daß auf den Darwinismus und Materialismus der Sozialismus gefolgt ist und daß in die Blütezeit des Liberalismus der Kulturkampf fällt, in eine Zeit, in der auch die Sozialdemokratie ihren Vater gefunden hat. Liegt in diesen Worten etwas, was den Stadt-Anzeiger zu dem Satze berechtigt: Er stempelt also alle Männer, welche sich zu Liberalismus bekennen, zu Gottesleugnern?

In der Lese hat man jener Entstellung meiner Worte und den gerade zu unglaublichen Trugschlüssen natürlich die Krone aufgesetzt und gesagt, der Zentrumsführer Frhr. v. Hertling habe wenigstens zugegeben, daß es unter den Liberalen einige gut christlich gesinnte Männer gebe, die Kölner Leitung wolle das nicht einmal glauben.

Demgegenüber betone ich, daß ich nicht nur glaube, daß es unter den Kölner liberalen Wählern überzeugungstreue Katholiken und noch weit mehr überzeugungstreue Evangelische gibt, sondern das weiß ich aus meinem Bekanntenkreise seit langen Jahren und besonders als Arzt so gut wie der Stadt-Anzeiger. Wie diese Katholiken es verantworten können, eine Partei zu stützen und zu stärken, die die führende Rolle im Kulturkampf gespielt hat, und deren Führer Bassermann als das schönste der Bülowschen Aera hervorhob, daß dieser noch in schwerer Stunde einmal den Kampf gegen Rom gewagt habe, mögen sie mit sich und ihrem Gewissen ausmachen, darum kümmern wir uns nicht, da wir nie, um mit dem Stadt-Anzeiger zu sprechen, in das persönliche Innenleben eindringen und nie Religion und Politik verquicken.

Daß aber auch die konservativ gesinnten Protestanten noch vielfach liberal wählen, erklärt sich einfach daraus, daß es in Köln eine konservative Partei gibt. Ein größerer Teil aber derselben sieht seine Interessen bereits beim Zentrum besser aufgehoben, und dieser Teil wächst erfreulicherma en von Jahr zu Jahr.

Wenn ich nun hoffentlich auch für den Stadt-Anzeiger deutlich genug hervorgehoben habe, daß nicht alle Männer, die liberal wählen, Gotteslengner sind, so betone ich aber anderseits, daß ich meine Behauptung, die liberale Weltanschauung ist keine christliche voll und ganz aufrecht halte. Ich berufe mich hierbei auf auch für dieses Blatt ganz einwandfreie Zeugen. Am Tage nach dem durch die bekannte konfessionelle Hetze erfochtenen letzten Sieg der Zentrumspartei in der zweiten Klasse 1906 schrieb derselbe Stadt-Anzeiger: „Hier kämpfen zwei Weltanschauungen mit einander." Wir Zentrumsanhänger kämpfen für die christliche Weltanschauung. Wenn also die Liberalen für eine andere kämpfen, so ist diese eben nicht die christliche.

So oft unser Kaiser das Festhalten an der christlichen Weltanschauung betont, geht eine Verärgerung und Erbitterung durch die liberale Presse. Als er in Münster vom Christentum sprach, schrieb die Frankfurter Zeitung in ihrer Nr. 244: „Das Christentum kann uns nicht helfen."

Die Kölnische Zeitung, ein dem Stadt-Anzeiger wohl nicht unbekanntes Blatt, schrieb 1904 am 17. April: „Nur das Buch der Natur kann uns befriedigenden Aufschluß geben auf die Frage: Woher kommen wir, wer sind wir, wohin geht unser Weg. Darwin hat uns in diesem Sinne freigemacht."

Als das Zivilstandsgesetz die Rechtsgültigkeit der kirchlichen Trauung beseitigte, rief ein führendes Organ der Nationalliberalen, die Nationalzeitung: „Nun kann man doch außerhalb des Schattens der Kirche leben und sterben."

Ueber die Ziele der Liberalen in der deutschen Schulfrage schrieb dieselbe Nationalzeitung: „Weder die Konfessions- noch die Simultanschule können der Naturwissenschaft in Wahrheit gerecht werden. Deshalb müssen sie beide fort und der religionslosen, naturalistischen Schule Platz machen. Das neue Wissen, nicht der alte Glauben soll Zweck des Unterrichtes sein."

Noch deutlicher sagt dieselbe nationalliberale Kölnische Zeitung: „Ein persönlicher Gott, das steht wissenschaftlich fest, hat im Sonnensystem heute keinen Platz mehr.

Das ist eine Weltanschauung ohne Gott und hat mit einer christlichen Weltanschauung auch gar nichts mehr zu tun. Danach darf man doch wohl offen sagen, die liberale Weltanschauung ist keine christliche.

Warum verschleiert nun heute der Stadt-Anzeiger diese Tatsachen? Aus Liebe zur Wahrheit? Nein, allein zum Zwecke des Stimmenfanges und zu diesem Zwecke legt er uns Worte in den Mund, die wir gar nicht gesagt haben. Das weitere finden Sie bereits im Local-Anzeiger von gestern und will ich der Kürze der Zeit wegen hier nicht ausführen; aber an Sie meine tapferen und unübertrefflichen Vertrauensleute und Wähler der Zentrumspartei richte ich die Frage: Wie antwortet man auf solche Unwahrheiten und Verdrehungen? Darauf antwortet man nur mit:

„Sieg!"

Hr. Justizrat **Kausen**: In dem Augenblick, in dem wir uns dem Abschlusse des öffentlichen Meinungsaustausches der streitenden Parteien nähern, wollen Sie mir gestatten, auf einzelne Aeußerungen unserer Gegner mit kurzen Worten zurückzukommen. Ich stelle zunächst mit Genugtuung fest, daß Herr Kommerzienrat Neven DuMont seinen Parteigenossen einen sachlichen Bericht erstattet und unbefangen anerkannt hat, daß auch unter der Zentrumsmehrheit das Blühen und Gedeihen der Stadt nicht gehemmt worden ist. (Bravo!)

Die Ansicht, daß das Zentrum zuerst die Parteipolitik in die Stadtratswahlen hineingetragen habe, ist bei Herrn Kollegen Neven DuMont so festgewurzelt, daß auf eine Ausrottung dieser allen Tatsachen ins Gesicht schlagenden Ansicht nicht gerechnet werden kann. (Sehr wahr!)

In bezug auf die

Verschiedenheit der Weltanschauungen

hat Hr. Neven DuMont allerdings recht, dieser Gegensatz besteht in der Tat, und wir haben keine Veranlassung, ihn zu vertuschen. (Sehr richtig!) Und weil wir das Recht und die Pflicht haben, unsere Weltanschauung in unseren Kindern lebendig zu erhalten, darum bekämpfen wir die von den Liberalen ersehnte Simultanschule und verlangen für unsere Kinder Erziehung und Unterricht in einer Volksschule, welche die Erhaltung der warmherzigen Anhänglichkeit des Kindes an die Religion der Jugend gewährleistet. Mit den seichten Witzen des Stadt-Anzeigers über konfessionelles Rechnen und Schreiben ist diese hochwichtige Frage nicht abgetan (Sehr richtig!), und wir halten daran fest, daß unsere Kinder kein Studienmaterial sind, bei dessen Bearbeitung der Lehrer, möge er dieser oder jener Konfession angehören, sich nach Belieben austoben kann. Wir dienen mit unserem Kampfe für die konfessionelle Volksschule auch dem Interesse unserer evangelischen Mitbürger (Lebhafte Zustimmung), und es ist tief beklagenswert, daß noch manche evangelische Mitbürger, welche in dieser Hinsicht mit uns auf demselben Standpunkte stehen, trotzdem sich immer wieder unter die liberale Parteipolitik und Fraktionspolitik beugen.

Hrn. Neven DuMont gegenüber möchte ich noch einen Punkt kurz berühren, nämlich den im laufenden Jahre von der Mehrheit gefaßten Steuerbeschluß. Hr. Neven DuMont hält die Erhöhung der Kehrrichtabfuhrgebühr für eine falsche Maßregel. Er dürfte milder darüber denken, wenn er sich erinnert, daß sein Fraktionsfreund Falk gleichfalls die Erhöhung der Kehrrichtabfuhrgebühr beantragt hat. (Sehr gut!)

Die Ausführungen des Hrn. Bock über das Theater geben mir Veranlassung zu einer kleinen Ergänzung in Bezug auf die Höhe des städtischen Zuschusses. Hr. Bock erzählt, daß der städtische Betriebszuschuß rund 100 000 M. betragen habe. Meine Herren, wenn Sie sich etwa durch die Geringfügigkeit dieser Summe beschämt fühlen sollten, so lassen Sie sich von mir sagen, daß die gesamten Aufwendungen der Stadt für das Theater, von denen der Betriebszuschuß nur einen Teil bildet, im Etatsjahr 1909 530 000 M. betragen (Hört! Hört!) Ich meine, da haben wir doch keine Veranlassung, durch Einführung der städtischen Regie noch eine weitere Steigerung dieses Zuschusses herbeizuführen, um so mehr, als auch Hr. Bock die Leistungen unseres Theaters als vorzügliche anerkennt. Die Regie könnte auch die sehr üble Folge haben, daß die Herren Stadtverordneten durch ihre dem Theater zugewendete Aufmerksamkeit mehr als wünschenswert von den anderen städtischen Angelegenheiten abgelenkt werden. Die Stadt Düsseldorf geht den umgekehrten Weg wie Hr. Bock, sie ist bestrebt, die Verbindung zwischen Stadt und Theater zu einer loseren zu machen.

Mehrfach ist von liberalen Rednern der

Hansabund

erwähnt worden, namentlich hat man beklagt, daß die Gürzenich-Kommission den Antrag des Hansabundes auf Bewilligung des großen Gürzenichsaales abgelehnt hat. Die Nichtbewilligung des Gürzenichsaales für diese Versammlung, welche zweifellos politischen und zwar parteipolitischen Zwecken diente, beruht auf der seit Jahrzehnten bestehenden, von der liberalen Partei eingeführten Uebung. (Sehr gut!) Wenn die liberalen Stadtverordneten der Meinung waren, daß die Hansabundversammlung eine andere Beurteilung verdiene, so hätten sie in der Gürzenichkommission erscheinen und ihre Gründe vorbringen sollen. Von allen liberalen Mitgliedern, die mit dem Vorsitzenden zusammen sogar die Mehrheit bilden können, ist kein einziger erschienen. (Hört, hört!) Ebensowenig haben sie den Versuch gemacht, durch die Stadtverordnetenversammlung einen entgegengesetzten Beschluß fassen zu lassen. Ich würde mich mit den Herren sehr gern über die Frage, ob der Hansabund politische Ziele verfolgt und parteipolitischen Zwecken dient, unterhalten haben.

Der § 3 des Vereinsgesetzes vom 19. April 1908 sagt, daß derjenige Verein, der eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt, ein politischer Verein ist. Nun möchte es dem Hansabund vielleicht angenehm sein, wenn er gleich einem Schauspieler bald die politische Toga, bald das Kleid des Kaufmanns von Venedig anlegen konnte, aber eine solche Maskenfreiheit hat auf die Anerkennung der Kreise, welche sich gegenüber den Leitern des Hansabundes ihre politische Unabhängigkeit zu bewahren wünschen, kein Recht auf Anerkennung. Der Hansabund als solcher ist sicherlich keine politische Partei, aber er ist ein politischer, und zwar ein parteipolitischer Verein. Dies läßt sich aus den von ihm am 4. Oktober aufgestellten Richtlinien mit der größten Sicherheit erkennen, wenngleich das Bestreben des Bundes, diese Seite seiner Tätigkeit zu verschleiern, unverkennbar ist. Zur Klarheit der Streitfrage genügt der eine Satz: „Er wird ohne Rücksicht auf politische Gegensätze Fühlung mit allen Parteien unterhalten, welche sich zu seinen Grundgedanken und Zielen bekennen, und wird auch bei den Wahlen der politischen Parteien die Aufstellung und Durchsetzung solcher Kandidaten unterstützen, welche die Gewähr dafür bieten, daß sie in ihrer parlamentarischen Tätigkeit von den Grundgedanken des Bundes nicht abweichen werden."

Damit ist die Frage, ob der Hansabund parteipolitische Ziele verfolgt, für jeden, der keine Scheuklappen vor den Augen hat, entschieden. (Lebhafter Beifall.) Dem steht nicht entgegen, daß der Hansabund ausdrücklich versichert, er nehme jeden in seine Reihen auf ohne Unterschied der politischen oder religiösen Ueberzeugung, welcher seine Ziele zu den seinigen macht. So ähnlich hat der Flottenverein bekanntlich gleichfalls geredet. (Sehr richtig!) Er versicherte, daß er parteipolitisch gänzlich neutral sei, er zog auf diese Weise auch Anhänger des Zentrums in seine Reihen, und dann ging er im Januar 1907 dazu über und entfesselte mit den finanziellen Mitteln, zu denen auch die Zentrumsangehörigen beigetragen hatten, einen wütenden Kampf gegen das Zentrum, und das alles, obwohl die damals schwebende Frage keineswegs eine Flottenfrage war.

In einer Hinsicht ist das Vorgehen des Hansabundes zweifellos ehrlicher als das des Flottenvereins. Der Hansabund sagt offenheraus, daß er in den Parteikampf eingreifen wolle, so daß sich niemand hinterher beschweren kann, wenn dies Eingreifen in einer Richtung erfolgt, die ihm unbequem ist. Ueber den Inhalt des Urteils, welches die Leiter des Hansabundes gewissermaßen als über den Parteien stehende Lord-Oberrichter in Parteikämpfen fällen wollen, kann nicht der mindeste Zweifel bestehen. Wer glaubt, daß da ein unparteiisches Urteil möglich sei, ist ein politischer Waisenknabe. Stellen Sie sich den Hergang hier in Köln vor, nehmen Sie z. B. an, es stände im Reichstagswahlkampf Hr. Trimborn dem Hrn. Falk als Kandidat gegenüber. Jetzt tritt der Hansabund unter Leitung z. B. der Herren Neven, Schmalbein, Eliel und Bau (Heiterkeit.) zusammen und fällt das Urteil, wer von diesen Herren, um mit den Worten der Richtlinien zu reden, die beste Gewähr bietet, daß er in seiner parlamentarischen Tätigkeit von dem Grundgedanken des Bundes nicht abweicht. Armer Trimborn, wie wird es dir ergehen. (Stürmische Heiterkeit.) Oder soll das politische Zeugnis vielleicht in Berlin bei der Zentralleitung ausgestellt werden? Ich halte das letztere für wahrscheinlich, da geht die Sache gleich in Bausch und Bogen, und die Zeugnisse werden ungefähr wie folgt lauten:

Freisinnige Vereinigung: Außerordentlich begabter, fleißiger Schüler, namentlich im Bankfach; (Heiterkeit.)

Reichspartei: gut begabt, befriedigende Leistungen, doch zeigen sich zuweilen bedenkliche Schwankungen; (Erneut Heiterkeit.)

Konservative Partei: mangelhaft; (Sehr gut!)

Zentrum: gänzlich unbegabter Schüler, nach Berichten aus Köln in den Anschauungen des 13. Jahrhunderts beharrend, baldiger Abgang erwünscht. (Stürmische Heiterkeit.)

Die Entstehungsgeschichte des Hansabundes und die Zusammensetzung seiner Vertretungskörper liefern den klaren Beweis, daß der Hansabund zwei sich berührende Ziele verfolgt:

1. Er erstrebt wirtschaftlich die Förderung der Interessen des Handels, der Industrie und des Gewerbes, so wie die leitenden großen Herren in Berlin und anderswo diese Interessen verstehen.

2. Er erstrebt politisch die Förderung derjenigen Parteien, denen diese Herren selbst angehören oder nahestehen.

Wirtschaftliche und politische Bestrebungen sollen sich ergänzen. Mit Rücksicht auf die politischen Bestrebungen ist dem Bunde der Anschluß der Kreise des Handwerkerstandes und des Privatbeamtenstandes erwünscht.

Die Richtlinien stellen eine Abwägung der verschiedenen wirtschaftlichen Interessen in Aussicht. Diese Abwägung ist Sache der Volksvertretung. Der Hansabund möchte in Fragen des Zollschutzes, der Handelsverträge, der Börsengesetzgebung, der sozialpolitischen Gesetzgebung usw. usw. den Einfluß der Volksvertretung bei Seite schieben und sich an die Stelle setzen. Darauf kann sich wirtschaftlich nur derjenige einlassen, der das Spiel in der Hand hat und das Mischen der Karten selbst besorgt. Politisch kann sich nur derjenige darauf einlassen, dessen politische Ansichten auch in den nicht den Hansabund berührenden Fragen mit denen der leitenden Männer übereinstimmen. Denken Sie an Fragen nationaler und religiöser Art. Sie können nicht drei verschiedene Abgeordnete wählen, einen für handelspolitische, den andern für nationalpolitische und den dritten für religiöspolitische Fragen, sondern Sie müssen sich für einen einheitlichen Abgeordneten entscheiden. Der Hansabund möchte uns in der Aufstellung und Durchsetzung der Kandidaten behülflich sein; ich denke, daß wir das auch in Zukunft am besten selbst besorgen. (Lebh. Beifall.)

Nun werden Sie fragen, ob denn der Hansabund nicht auch Ziele verfolgt, die zu billigen sind. Darauf erwidere ich ein doppeltes:

1. Der Hansabund verquickt seine wirtschaftlichen Ziele mit politischen Zielen, wer die letzteren nicht will, muß die ersteren ohne den Hansabund zu erreichen suchen, solange nicht der Hansabund jede Einmischung in die Wahlen und den sonstigen Streit der politischen Parteien ausdrücklich ablehnt.

2. Das wirtschaftliche Programm des Hansabundes besteht größtenteils aus Sätzen, die selbstverständlich sind, bei denen es daher nur auf die Ausführung ankommt.

Und da macht mich die Entstehungsgeschichte des Hansabundes stark mißtrauisch. Solange es sich nur um Brausteuer, Tabaksteuer, Branntweinsteuer, Steuer auf Gas, Elektrizität, Plakatsteuer handelte, war Ruhe in allen Wipfeln, erst als die Börsensteuern in Sicht kamen, gerieten die leitenden Herren in Bewegung. (Sehr gut!) Der gesunde wirtschaftliche Fortschritt wird durch ein solches Eingreifen nur gehemmt. Wozu haben wir die berufenen gesetzlichen Vertretungen des Handelsstandes und des Handwerkerstandes, wozu die Vereine der verschiedensten Berufsgruppen? Wir haben vor allem im Rheinlande keine Veranlassung, uns die Wirtschaftspolitik von einer Zentralstelle in Berlin vorschreiben zu lassen. (Stürmischer Beifall.)

Wenn ich mit einem Worte die Kölner Verhältnisse erwähnen darf, so möchte ich wissen, wann das Zentrum jemals die Interessen des Handels oder der Industrie vernachlässigt hätte. Ich erinnere mich noch heute, daß die ersten Worte, welche ich im Hansasaale gesprochen habe, der Befürwortung eines kostspieligen Hafenprojekts gewidmet waren, und in demselben dem Handel und der Industrie freundlichen Sinne sind alle meine Freunde jederzeit tätig gewesen. Eine Partei, welche bei ein und derselben Wahl die Herren Auer, Frotzheim und Maus als Kandidaten aufstellt, kann den Vorwurf der Handelsfeindlichkeit mit einer verächtlichen Handbewegung zurückweisen. (Bravo!)

Bevor ich auf die letzten Ausführungen des Herrn Stadtverordneten Falk in der Lesegesellschaft übergehe, will ich nicht unterlassen, Ihnen zu berichten, daß in derselben Versammlung der nationalliberale Parteisekretär versucht hat, den liberalen Reichsfinanzplan zu entwickeln.

Es ist geboten, sein Finanzgemälde etwas niedriger zu hängen. Er rechnet wie folgt:

Bier	100	Millionen
Branntwein	100	„ (oder mehr)
Tabak	70	„
Eigentliche Konsumsteuern	50	„
Zuckersteuer	35	„
Reichsvermögenssteuer	150	„
Summa	505	Millionen

Dazu ist zu bemerken, daß diese ganze Rechnung schon insofern ohne praktischen Wert ist, weil sie sich auf die allein interessierende Zeit der letzten vier Wochen nicht bezieht, sondern auf eine längst abgeschlossene Periode. Nachdem alle Anträge, welche auf Vermögenssteuer und Einkommensteuer gerichtet waren, durch die Regierung abgelehnt waren, sind die Parteien hierauf nicht zurückgekommen. Es heißt also, den Wählern Sand in die Augen streuen, wenn man heute in einer Steuertabelle, welche die praktische Frage nach der besseren Reform beantworten soll, darauf zurückkommt. Nebenbei bemerkt, sitzt im ganzen Reichstag kein Mensch, der an eine Reichsvermögenssteuer von 150 Millionen Mark geglaubt hat.

Unter 50 Millionen eigentlicher Konsumsteuern kann ich mir beim besten Willen nichts denken. Dieser Ausdruck ist gewählt, um je nach Bedarf dem Einen sagen zu können, daß man den Kaffeezoll, dem anderen, daß man die Zündholzsteuer abgelehnt haben würde. Daß man die Zuckersteuer aufrecht erhalten, daß man Bier ebenso hoch wie die neue Mehrheit, daß man Branntwein und Tabak höher wie die neue Mehrheit besteuert haben würde, gibt Hr. Generalsekretär Peter unumwunden zu.

Von der Reichsvermögenssteuer von 150 Millionen kam bekanntlich nur eine Erbanfallsteuer von 50 Millionen ernstlich in Frage. Woher die fehlenden 100 Millionen genommen worden wären, verschweigt des Sängers Höflichkeit, um das Sandstreuen nicht zu erschweren.

Die Zentrumspartei hat in ihrem Flugblatt: Die liberale Steuerbrille, den Wählern genaue Angaben über die Reichsfinanzreform gemacht, welche die Wähler in den Stand setzen sollten, die liberalen Einwirkungen nachzuprüfen.

Der Stadt-Anzeiger beehrte heute morgen den Verfasser dieses Flugblattes mit einigen Höflichkeiten. Der Verfasser dieses Flugblattes ist nach dem Stadt-Anzeiger ein hilfloser Greis auf dem Zentrumsdach, ein Narr, ein unbeholfener Geselle, der unnütz Geld für Zeitungen ausgibt usw. Es tut einem herzlich leid, daß dieser Mann das Mißfallen des Stadt-Anzeigers in so hohem Maße erregt hat, denn dieser Mann steht meinem Herzen sehr nahe, fast möchte ich von ihm mit Heine sagen:

Schade, daß ich ihn nicht küssen kann. (Stürmische Heiterkeit.)

Dem Stadt-Anzeiger gegenüber aber noch ein ernstes, sehr ernstes Wort. Es gilt in anständigen Journalistenkreisen als nicht zulässig, in gegnerischen Schriften zwei Stellen ineinander zu verschmelzen, um einen Sinn herauszubekommen, der dem Verfasser fern lag.

Der Stadt-Anzeiger schmelzt das, was in dem Flugblatt von der Nachlaßsteuer gesagt ist, die bekanntlich in der Kommission abgelehnt worden ist, auch von den Nationalliberalen, mit dem zusammen, was von der Erbanfallsteuer gesagt ist. Mit Hilfe dieses Taschenspielerkunststückes bringt er es fertig, die Angaben des Flugblattes zu widerlegen. Vergleichen Sie Flugblatt und Stadt-Anzeiger, so können Sie sich selbst ein Urteil bilden.

Ich gehe schließlich dazu über, mit einigen Worten die gestrigen Ausführungen des Hrn. Stadtverordneten Falk zu beleuchten. Zu der Kundgebung der Ansicht des Redners, daß bei Wahlen in Preußen jemand ein königstreuer, deutschgesinnter und freiheitlich gesinnter Mann sein und trotzdem bei einer Stichwahl zwischen schwarz und rot für den roten Kandidaten eintreten kann, bemerke ich für heute nichts weiter: Wir haben von dieser Kundgebung Kenntnis genommen! (Sehr gut!) Dasselbe sage ich von der Erklärung des jungliberalen Kandidaten Bau, daß ihm der Eintritt von Sozialdemokraten in das Stadtverordnetenkollegium ohne Rücksicht auf die Frage, ob die Sozialdemokraten sachliche und das Interesse des Gemeindewesens fördernde Politik treiben würden, erwünscht sei. (Hört!) Der starke Ruck der liberalen Partei nach links tritt auch darin zutage, daß von den vier liberalen Kandidaten zwei der jungliberalen Gruppe und zwei der freisinnigen Volkspartei oder freisinnigen Vereinigung angehören. (Beifall.)

Die von Hrn. Falk berührte Frage der verschiedenen Größe der ländlichen und städtischen preußischen Wahlbezirke scheint mir von den Aufgaben des Stadtverordnetenkollegiums sehr weit entfernt zu liegen. Vielleicht interessiert sich aber Hr. Falk einmal gelegentlich für die im Lande der allgemeinen Wehrpflicht außerordentlich interessante Frage, ob nicht die 15000 Wähler eines ländlichen Wahlkreises dem Reiche dieselben militärischen Dienste leisten wie die 30000 Wähler eines städtischen Kreises.

In der Frage unserer Kölner Abstimmungsbezirke hat Hr. Falk sich von der Rheinischen Zeitung falsche Tatsachen berichten lassen. Ich habe der betreffenden Verhandlung in der Zentrumsfraktion selbst beigewohnt und erinnere mich, daß der Hergang folgender war. Von Hrn. Dech wurde betont, daß die Abstimmungsbezirke für viele Wähler bequem und deshalb zu empfehlen seien. Von anderer Seite wurde erwidert, daß bei einem großen Teile der Wähler die Sache umgekehrt liege, da oft Wohnung und Arbeitsstätte von einander verschieden seien und oft zwischen der Zeit der Anlage der Listen und dem Wahltage ein Wohnungswechsel stattfinde. Hauptsächlich wurde aber geltend gemacht, daß der Terrorismus der Sozialdemokraten befürchten lasse, daß diese dort, wo sie gedrängt zusammenwohnten, den Wählern anderer Parteien das Wählen lästig zu machen suchten, teils durch Drohungen, teils durch Zusammendrängen im Wahllokal und vor dem Wahllokal. Das werde vermieden, wenn man alle Wähler nach dem Anfangsbuchstaben ihrer Namen in verschiedenen Wahllokalen wählen lasse.

Die kleine Unbequemlichkeit, welche für einzelne Wähler in dem Gange nach Köln liege, werde durch die Sicherstellung der Freiheit der Wahl für Arbeiter und kleine Gewerbetreibende bei weitem aufgewogen. Diese Gründe haben die Haltung der Fraktion bestimmt. Das berühmte aktenmäßige Material des Herrn Rings bestand in Zeitungsabschnitten, die den Wahlterrorismus der Sozialdemokraten beleuchteten und mehreren mit dem geschäftlichen Boykott drohenden Rundschreiben des sozialdemokratischen Wahlkomitees von Mülheim (Rhein). Herr Falk hat einige Tage nachher selbst den Genuß gehabt, der Verlesung dieses Materials durch Herrn Rings beizuwohnen. Wie richtig die Ansicht der Zentrumspartei ist, daß bei öffentlichen Wahlen die örtlichen Abstimmungsbezirke die Freiheit der Wahl leicht beeinträchtigen können, hat inzwischen der bekannte Gerresheimer Fall bewiesen, in dem es sich um die Beeinflussung durch Arbeitgeber handelt. Diese Wahl wäre ganz unmöglich gewesen, wenn in Düsseldorf anstatt in Gerresheim gewählt worden wäre, das werden zweifelsohne sogar die Gerresheimer Sozialdemokraten bestätigen.

Ich komme nun zu den Betrachtungen des Herrn Kollegen Falk über das städtefeindliche Zentrum, über den in politischer Hinsicht begriffsschwachen Handwerker- und Gewerbestand (Hört!) und über die

Finanzpolitik des Zentrums.

Lieber wäre mir eine Abhandlung über die Finanzpolitik der Liberalen gewesen, aber diese Sehnsucht blieb ungestillt. (Sehr richtig.)

Herr Falk machte nicht den mindesten Versuch, die Steuerfragen im Zusammenhange zu behandeln, er beschränkte sich auf die Empfehlung der Vermögenssteuer und der Erbschaftssteuer und zog es im übrigen vor, den Wählern einzelne Steuern vorzuhalten und sie zu der Prüfung zu veranlassen, ob sie wohl mit Vergnügen diese Steuer bezahlten.

Das Zentrum, meint Hr. Falk, hätte sich mit den Liberalen und eventuell den Sozialdemokraten über eine Vermögenssteuer oder über die Erbschaftssteuer einigen sollen! Ueber die Erbschaftssteuer wird Ihnen nachher noch Herr Kollege Krings aus dem Schatze seiner praktischen Lebenserfahrung heraus einiges sagen, ich habe meinerseits das Thema bei früherer Gelegenheit ausreichend behandelt und habe um so weniger Veranlassung, darauf zurückzukommen, als die liberale Presse jeder sachlichen Erörterung desselben grundsätzlich ausweicht.

Daß die Vermögenssteuer nicht zu erreichen war, ist Ihnen bekannt.

Daß Hr. Falk der Ansicht ist, Umsatz und Wertzuwachssteuer wären bei Annahme der Erbschaftssteuer vermieden worden, läßt darauf schließen, daß er es gar nicht für nötig gehalten hat, sich mit der Reichsfinanzreform eingehend zu beschäftigen. (Hört, hört!)

Auch was Hr. Falk über den Einfluß der Reichswertzuwachssteuer auf die städtischen Finanzen sagt, ist durchweg unrichtig. In den nächsten drei Jahren gibt es überhaupt keine Reichswertzuwachssteuer. Wird sie alsdann eingeführt, so behält Köln noch fünf Jahre lang den bis zum 1. April 1909 erzielten Durchschnittsertrag der Steuer. Es ist also vollständig unrichtig, daß die Stadt Köln durch die Einführung dieser Steuer einen Ausfall von jährlich 400000 M. erleidet, sie erleidet in den ersten drei Jahren überhaupt keinen Ausfall und in den fünf folgenden Jahren einen geringen Ausfall, und über das, was nach diesen acht Jahren werden wird, weiß heute kein Mensch etwas.

Hoffentlich wird sich jeder Ausfall vermeiden lassen, wenn die Parteien demnächst im Reichstag sachlich zusammen arbeiten, anstatt sich gegenseitig anzufahren. (Sehr richtig!)

Eine andere Frage ist die Einwirkung der Reichsumsatz- und Wertzuwachssteuer auf den Grundbesitz.

Die liberale Presse hält krampfhaft an dem Versuche fest, der Wählerschaft die Tatsache zu verschweigen, daß die nationalliberale Partei es gewesen ist, welche am 29. April zuerst die Reichswertzuwachssteuer auf Grundstücke beantragt hat, und zwar neben der Erbschaftssteuer, so daß der Grundbesitz wieder einmal doppelt belastet worden wäre. (Hört!) Hr. Kollege Falk darf diesen Zauberkreis natürlich nicht durchbrechen, und so verschweigt er auch seinerseits den nationalliberalen Antrag vom 29. April. Er teilt auch nicht mit, daß die Herren Mönnig, Krings und Nöcker Ende Mai die Anfrage gestellt haben:

„Welche Schritte gedenkt die Verwaltung angesichts der Möglichkeit, daß die Reichsumsatz- und Wertzuwachssteuer zur teilweisen Deckung des Steuerbedarfs des Reichs eingeführt wird, zu tun, um die Interessen der städtischen Finanzen und des städtischen Grundbesitzes zu wahren?“ Die Verhandlungen über diese Anfrage sind Ihnen bekannt. Dieselben haben fürs erste eine erhebliche Milderung der in Aussicht genommenen Steuern zur Folge gehabt. Was weiter geschieht, wird die Zukunft lehren. Sie können sich darauf verlassen, daß wir Stadtverordnete der Kölner Zentrumspartei für die städtischen Interessen mit größter Entschiedenheit eintreten werden. (Lebhafter Beifall.)

Zu meiner nicht geringen Ueberraschung finde ich in der Rede des Herrn Falk folgende Ausführung: „Das Loch im Haushalt hoffte man verstopfen zu können durch die Ausgestaltung und den weiteren Ausbau der Wertzuwachssteuer.“

Herr Falk scheint hier Pläne zu berühren, welche in der liberalen Fraktion erwogen worden sind; ich versichere, daß mir von solchen Plänen, die städtische Wertzuwachssteuer zu erhöhen, nicht das mindeste bekannt ist. Vielleicht kann Herr Kollege Krings auch über diesen Punkt nähere Auskunft geben. Im Zentrum ist oft davon die Rede gewesen, die steigende Wertzuwachssteuer zur teilweisen Beseitigung der Umsatzsteuer zu benutzen, aber es ist nie davon die Rede gewesen, die erstere zu erhöhen, um größere Einnahmen zu schaffen. (Bravo!)

Schließlich erwähnt Hr. Falk die Talonsteuer. Auch ich nehme an, daß die Stadt dieselbe hinsichtlich ihrer Obligationen selbst tragen wird. Dieselbe beträgt für das Jahr 1910 nicht 50000 Mark, sondern 30000 M., also eine keineswegs erhebliche Summe, noch kein halbes Prozent Einkommensteuer. Ich habe schon früher ausgeführt, daß ich die Talonsteuer für keine vollkommene Besitzsteuer halte, an der Talonsteuer sind aber die Herren Krings, Auer, Nöcker, Maus und Frotzheim völlig unschuldig; diese Steuer ist das Werk der Regierung und das Ergebnis ihrer Verhandlungen mit der Reichstagsmehrheit.

Die im Juli zustande gekommene Reichsfinanzreform hat das deutsche Reich über den toten Punkt hinausgebracht. Jetzt ist die Bahn frei, mit Muße reformatorische Pläne, die jedoch nicht die Höhe des Bedarfs, sondern die Art seiner Aufbringung betreffen sollen, zu erwägen. Das Zentrum ist dazu bereit. Lehnen die liberalen Parteien die Mitarbeit ab, so muß der Versuch ohne sie gemacht werden. (Lebhafter Beifall!)

Das Zentrum hat in der ganzen Frage der Finanzreform seine Pflicht getan. Ich glaube aber, ohne unbescheiden zu sein, daß auch wir in der Stadtverordnetenversammlung nach bestem Wissen und Gewissen unsere Pflicht erfüllt haben, das Wohl der ganzen Bürgerschaft ohne Unterschied des Bekenntnisses und der Parteistellung. Wir sind stolz auf unsere Tätigkeit! (Stürmische Zustimmung.) Der in der liberalen Versammlung erhobene Tadel läßt uns kalt! Gehen Sie mit Mut und Eifer in den Wahlkampf und wählen Sie die bekannten verdienten bisherigen Stadtverordneten und den tüchtigen neuen Mann, der Ihnen vorgeschlagen worden ist. Die Stadt Köln wird gut dabei fahren! (Donnernder Beifall, der kein Ende nehmen will.*)

Die Rede des Hrn. Justizrat **Krings**, der in der Hauptsache über die Erbschaftssteuer sprach, bringen wir in der Abendausgabe unseres Blattes zum Abdruck.

Hr. Heinrich **Maus**. Die Rheinische Zeitung bringt in ihrer gestrigen Abendausgabe einen Bericht über eine sozialdemokratische Wählerversammlung, in welcher Hr. Meerfeld sich mit meiner Person befaßt hat, indem er behauptete, ich sei ein Freund des Duells. Hierzu habe ich zu bemerken, daß ich, wie bereits am Mittwoch von mir erklärt wurde, voll und ganz auf dem Boden der Zentrumspartei stehe und um Mißverständnisse zu beseitigen, betone ich, daß dies auch in der Duellfrage, wie ich bereits vor zwei Jahren öffentlich erklärte, der Fall ist. Was von Hrn. Meerfeld des weiteren über meine Person berichtet worden ist ist vollständig unwahr. Ich bin überzeugt, daß die Zentrumswähler sich durch ein derartiges durchsichtiges Mannöver nicht irre machen lassen, auf welches ich nicht zurückgekommen wäre, hätte nicht der Stadt-Anzeiger ohne Kommentar über die fragliche Versammlung heute Morgen berichtet. Meine Erklärung von Mittwoch hätte genügen müssen, ich stehe aber nicht an, nochmals zu erklären, daß ich in allen Punkten Zentrumsmann durch und durch bin. (Lebhafter Beifall.)

Hr. Dr. **Jörg** befaßte sich mit dem jüngsten Flugblatt der liberalen Parteien mit den 9 Fragen (Vgl. Nr. 323 des Kölner Local-Anzeiger) und beleuchte die Wahrhaftigkeit desselben besonders an Hand der letzten Frage, die in dem liberalen Lügenpapier lautet:

> Wer hat die dringend notwendige gesunde Reform des Landtags- und Kommunalwahlrechts in Preußen fast unmöglich gemacht? Das Zentrum! Denn führende Zentrumsmänner haben in Oberhausen erklärt:

Das Zentrum sei stolz darauf, durch den Sturz des Kanzlers die Wahlrechtsänderung verhindert zu haben.

Der Vorsitzende der Oberhausener Zentrumspartei, Hr. Rechtsanwalt Dr. **Dammann** hat auf die Anfrage des Generalsekretariats der Rheinischen Zentrumspartei folgende Auskunft gegeben:

Das hat hier niemand erklärt. Im Gegenteil! Hier ist immer nur für eine Wahlrechtsreform gesprochen worden. Die Behauptung des betr. Flugblattes ist eine bodenlose Erfindung, die ich entrüstet

als Lüge

bezeichne. (Lebhafter Beifall.)

Hr. Stadtverordneter **Krings**. In den liberalen Wählerversammlungen der letzten Tage ist wiederholt der Vorwurf gegen uns erhoben worden, wir ließen uns bei unseren Entschließungen von parteipolitischen Erwägungen und Gründen leiten. Diese Behauptung hat Hr. Rechtsanwalt Falk am Freitagabend mit dem Hinweis auf unser Verhalten bezüglich des

Wechsels in der Person des Ersten Beigeordneten

zu begründen versucht. Von meinem Vorredner, Hrn. Justizrat Krings ist bereits darauf hingewiesen worden, daß die Liberalen in Düsseldorf den an letzter Stelle stehenden Beigeordneten — selbstredend einen liberalen — an die erste Stelle rückten, weil sie ihn für den geeignetsten hielten, ohne daß man dort Angst hatte, die übrigen Beigeordneten würden nunmehr den Staub von ihren Füßen schütteln. Soll uns Kölner Stadtverordneten der Zentrumspartei nicht erlaubt sein, das zu tun, was man bei den Düsseldorfer liberalen Stadtverordneten in der Ordnung, für recht und billig findet? (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben uns bei der Besetzung der erledigten Ersten Beigeordnetenstelle in erster Linie von dem Gedanken leiten lassen, wie wir

den Interessen der Stadt am besten dienten.

Mit welchem Recht verlangt man von uns, daß wir bei der Besetzung dieser Stelle einen hierfür geeigneten Herrn nur unter den liberalen Mitgliedern des Beigeordnetenkollegiums zu suchen hätten? Ich lehne es ab, dem Beispiele eines liberalen Kollegen zu folgen und Aeußerungen liberaler Kollegen, insbesondere eines solchen aus der Verfassungskommission; wiederzugeben, die unser Verhalten als vollauf berechtigt und einwandfrei erscheinen lassen würden. Wollte ich dies tun, so würden Sie sich davon überzeugen müssen, daß man gerade auf liberaler Seite die hervorragende Tüchtigkeit des heutigen Ersten Beigeordneten in einer Weise betonte, daß wir eine Nichtberücksichtigung dieses Herrn selbst dann nicht hätten verantworten können, wenn er unsere politische Anschauungen nicht geteilt hätte. (Hört! Hört!)

Und hat nicht Hr. Kollege Falk am Freitag selbst ausgeführt: „Die Wahl fiel auf einen Mann, der auch nach unserer Ueberzeugung nach jeder Richtung hin durchaus befähigt und berufen ist, an hervorragender Stelle zu stehen! (Hört, hört!) Da frage ich: Nun, mein lieber Bernhard, was willst Du noch mehr! (Große Heiterkeit.)

Nicht bei uns, sondern bei

den Liberalen sind politische Gründe entscheidend

wenn es sich um Besetzungen von Beigeordnetenstellen handelt. Beweis dafür ist Hr. Justizrat Bock, der in der liberalen Wählerversammlung vom 15. November erklärte:

Wir haben gegen Hrn. Farwick gestimmt, weil er ein Anhänger des Zentrums war

und wir seine Qualitäten nicht kannten. (Hört, hört!)

Die Tüchtigkeit des Hrn. Farwick war den Herren von der andern Fraktion ebensowohl und aus derselben Quelle bekannt, wie uns.

Sowohl in der Verfassungskommission wie in der vertraulichen Besprechung sämtlicher Stadtverordneten, die der Wahl des Herrn Farwick voranging, teilte Hr. Oberbürgermeister Becker, der doch wohl der Zentrumsgesinnung nicht verdächtig war, die vorzüglichsten Referenzen über Hrn. Farwick, darunter die des früheren Landeshauptmannes der Provinz Westfalen, gleichfalls keines Zentrumsmannes, mit. Hr. Oberburgermeister Becker bezeichnete Herrn Farwick als den tüchtigsten unter den Bewerbern und denjenigen, der allein für die Stelle in Frage komme. Die Herren können also nicht behaupten, daß sie die Qualitäten des Hrn. Farwick nicht gekannt hätten. Sie haben gegen ihn gestimmt aus politischen Gründen — „weil er ein Anhänger des Zentrums war", wie Hr. Bock selbst am 15. November bestätigt hat. (Lebhafte Zustimmung.)

Denken Sie daran, fährt Redner fort, in den kommenden drei Tagen. Erinnern Sie sich auch der perfiden Ausfälle des Stadt-Anzeigers, der die Vertreter der Zentrumspartei, Ehrenmänner wie Kausen, Trimborn, Krings, Mönnig, Franck usw. in gemeiner Weise beschimpfte, als er schrieb: „Für eine Partei des schamlosesten Fraktionswuchers, für eine Partei des Verrats und Betruges, für eine Partei der Charakterlosigkeit darf auf dem Kölner Rathaus kein Platz sein."

Geben Sie die Antwort darauf in den kommenden Tagen. (Lebhafter Beifall.)

Hr. Dr. **Mertens** führte im Schlußwort aus: Es wird mir mitgeteilt, daß der Stadtverordnete Hr. Dr. Nockher eben in der jungliberalen Versammlung in der Lese mitgeteilt hat, er habe mit Hrn. Geheimrat Joesten gesprochen und dieser habe ihm folgende Gründe genannt, die gegen ihn von der Zentrumspartei geltend gemacht worden: 1. Er habe die Fraktionssitzungen zu selten besucht; 2. es wäre zuweilen besser gewesen, wenn er bei Besetzung von Aemtern nicht anwesend gewesen wäre; 3. daß er gegen den Antrag des Fraktionsvorsitzenden im Falle der Anstellung des Prof. Aschaffenburg gestimmt habe.

Dazu erklarte Hr. Dr. Mertens: Der erste Grund ist mit angeführt worden. Der geschäftsführende Ausschuß und das Zentralwahlkomitee waren der Ansicht, daß der Stadtverordnete, der das Ehrenamt auf sich genommen hat, auch die Pflicht hat, im Interesse der Wähler zu arbeiten. Der zweite Grund ist niemals angeführt worden, es ist eine glatte Unwahrheit. Bei dem dritten Grund handelt es sich um folgendes: In der gesamten Kölner Aerzteschaft bestand der Wunsch, Hr. Dr. med. Fuchs, der kein Zentrumsmann und evangelisch ist, möchte an Stelle des Prof. Aschaffenburg gewählt werden. Auch Hr. Dr. Nockher hat sich außerordentlich bemüht, die Wahl des Hrn. Dr. Fuchs durchzusetzen, sogar bei Zentrumsstadtverordneten. Später wurde er durch den liberalen Fraktionszwang gezwungen, gegen seine Ueberzeugung als Stadtverordneter und als Arzt zu stimmen.

Hr. Kausen hatte den Antrag gestellt, mit Rücksicht auf die Aerzteschaft die Sache nochmals zu prüfen. Aus Liebe zu den Liberalen habe Hr. Geheimrat Joesten den Antrag des Hrn. Kausen niedergestimmt.

Wir haben den Herrn Geheimrat nicht wieder aufgestellt, weil wir ihn und die Partei nicht der Gefahr aussetzen wollten, daß er nicht gewählt würde. Der Beschluß des Zentralwahlkomitees, ihn auch in der zweiten Klasse nicht aufzustellen, wurde mit 387 gegen 3 Stimmen gefaßt. Ich bedauere, daß ich genötigt wurde, jetzt diese Sache hier zu behandeln.

Redner wies dann darauf hin, daß der Schild der Liberalen schon heute nicht mehr blank sei. Er widerlegte ferner unter Anrufung des Vorsitzenden des Arbeitsausschusses als Ohrenzeugen die Behauptung, daß der liberalen Partei ein Kompromiß angeboten worden sei.

Mit der Aufforderung, nicht zu ruhen und zu rasten, bis der letzte Zentrumsmann gewählt hat, und einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Zentrumspartei schloß Redner die glänzend verlaufene Versammlung.

Die Zentrums-Kandidaten sind:

Auer Jakob, Stadtverordneter.

Krings Joseph, Stadtverordneter.

Nöcker Adolf, Stadtverordneter.

Maus Heinrich, Fabrikant.

Froitzheim Engelbert,

Stadtverordneter für Deutz.

Die Wahl findet statt:

Montag, den 22., Dienstag, den 23., und Mittwoch, den 24. November,

jedesmal von 9—1 Uhr vormittags und von 3—6 Uhr nachmittags.

Die Wahl geschieht durch öffentliche Nennung der Namen der vorstehenden Kandidaten. — Die Wähler haben gemäß dem Anfangsbuchstaben ihres Familiennamens ihre Stimme in folgenden Wahllokalen abzugeben:

Aachen, Klemens, bis **Eygelshofen**, Hubert (Nr. 1—2031 der Wählerliste und der Einladungskarten), Rathaus, Hansasaal, Eingang Hauptportal.

Fabricius, Eugen, bis **Jutzi**, Wilhelm, (Nr. 2032—3961 der Wählerliste und der Einladungskarten), Rathaus, Hansasaal, Eingang Judengasse.

Kaebe, Heinrich, bis **Möncher**, Wilhelm (Nr. 3962—5901 der Wählerliste und der Einladungskarten), Rathaus, Zimmer 29, Eingang Hauptportal.

Mönchmeier, Georg, bis **Schneider**, Karl, (Nr. 5902—7834) der Wählerliste und der Einladungskarten), Rathauskapelle.

Schneider, Konrad, bis **Zwirner**, Erich, (Nr. 7835—9787 der Wählerliste und Einladungskarten), Verwaltungsgebäude, Judengasse 35, Unterhaus, links.

Zum Ausweis der Persönlichkeit des Wählers dient die von der Stadt zugestellte Postkarte mit Wahleinladung, oder ein sonstiges amtliches Legitimationspapier, wie Steuerzettel, Paß, Paßkarte, Steuerquittung und dergl.

(LA) Herabsetzung und bewußte Ehrabschneidung Andersdenkender

hat gestern vormittag in einer jungliberalen Versammlung in der Lese Hr. Heimann-Kreuser dem Zentrum öffentlich vorgeworfen. Dieser ungeheuerliche Vorwurf gegenüber 19 000 Kölner Bürgern, die sich bei der Wahl in der dritten Abteilung zum Zentrumsgedanken frei und offen bekannt haben, stellt eine Verrohung politischer Sitten dar, wie sie noch nicht erhört worden ist. Man faßt sich an den Kopf und fragt sich, wie ein solcher Vorwurf von einer liberalen Versammlung mit Beifall aufgenommen werden kann. Man fragt sich weiter, wie kann der Führer der Kölner liberalen Partei angesichts einer solchen Redeweise den Ausspruch tun:

„Wenn wir zurückschauen auf das, was unsere (liberale) Jugend geworden ist, so müssen wir stolz darauf sein!"

Allerdings!

In dem Ton, den der Jungliberale Heimann-Kreuser beliebte, wurde dann weiter gegen das Zentrum gewettert. Der liberale Parteisekretär Peter sprach mit bezug auf das Zentrum von einer Fratze der Verlegenheit. Mit solchen und anderen Reden wurde das Zentrum bekämpft.

Hr. Heimann-Kreuser mühte sich im Schweiße seines Angesichts ab, die schon hundertemal gründlich widerlegte Behauptung, das Zentrum sei eine konfessionelle Partei, zu beweisen. Er stellte ganz einfach seine eigene Autorität der Autorität eines Bischofs v. Ketteler, v. Mallickrodt, Windthorst und anderer Zentrumsführer gegenüber und operierte mit der bisher von allen maßgebenden Faktoren der Zentrumspartei gründlich abgeschüttelten Aktion Bitter-Roeren. Von hier war für den Redner der Weg zur konfessionellen Hetze nicht weit, indem er die Protestanten warnte, Zentrum zu wählen. Das ist natürlich bei diesen Herren keine Verquickung von Religion mit Politik. Daß zahlreiche Protestanten der Zentrumspartei angehört haben und noch angehören, konnte er nicht leugnen, er glaubte aber diese Tatsache mit der mit der Wahrheit im schroffstem Widerspruch stehenden Behauptung abtun zu können, daß die Protestanten in der Zentrumspartei nie Einfluß gehabt hätten.

Hr. Dr. Köhler sprach über die Stellung des Zentrums zur Reichspolitik und versuchte, als der Anhänger der nationalliberalen Partei weiteren Kreisen als Fraktions-Drehscheibe bekannt, dem Zentrum Wandlungsfähigkeit nachzuweisen, schimpfte über Hrn. Erzberger und bezog sich auf eine in Berlin erschienene Broschüre über die Reichsfinanzreform, die von der Leitung der Zentrumspartei als nicht offiziell schon der öfteren bezeichnet worden ist.

Der jungliberale Redakteur des Stadt-Anzeigers Jung bemühte sich vergeblich, unter ungeheurem Wortschwall den Sinn seiner Aeußerung, „die Sozialdemokratie ist Fleisch von unserem (liberalen) Fleisch, Bein von unserem Bein" umzudeuten. Aus der Tatsache, daß einmal im Local-Anzeiger das Wort Jungliberal nur in seiner ersten Hälfte gesperrt gedruckt war, konstruierte Hr. Jung den Vorwurf, der Local-Anzeiger habe ihn — persönlich angegriffen und wolle ihn verdrängen. Hr. Jung scheint an Verfolgungswahn zu leiden; wir meinen, Hr. Jung soll sich vor sich selbst hüten — andere wollen ihn nicht verdrängen.

Kostbar waren die alten Phrasen von der Vorurteilslosigkeit, der Duldsamkeit usw. der Liberalen aus dem Munde gerade dieses Fanatikers! Vom Kulturkampf hat dieser Herr offenbar noch niemals etwas gehört.

Eine Diskussion setzte nach der glorioſen Rede Jungs ein. Hr. Molderhauer sprach von Unstätigkeiten der Zentrumspresse. Außerdem beweist Hr. Jung durch seine Klagen, man wolle ihn von seinem Posten verdrängen, auch noch eine außerordentliche Selbstüberschätzung. Das Zentrum hat andere Ziele, als die Verdrängung dieses Herrn; im Gegenteil, wir können nur wünschen, daß Hr. Jung noch recht lange auf seinem jungliberalen Vorposten steht, und zwar im wohlverstandenen Interesse — des Zentrums.

Hrn. Prof. Moldenhauer nehmen wir das nicht mehr übel. Hr. Dr. Klein von der demokratischen Vereinigung betonte den Standpunkt seiner Handvoll Parteigenossen, nur für die Liste der vier liberalen Kandidaten zu stimmen und als fünften Kandidaten den Sozialdemokraten zu wählen. Aus dem tosenden Beifall, den Hr. Dr. Klein fand, als er von dem Sozialdemokraten sprach, darf der Schluß gezogen werden, daß Hr. Froitzheim sehr wenig liberale Stimmen erhalten wird. „Dem Zentrum keine Stimme!" schrie Hr. Dr. Klein. Und damit wollen wir diesen Redner verlassen.

Parteisekretär Peter, ein famoser Zahlenjongleur, machte das Zentrum für die Schulden des Reiches verantwortlich. Im Gegensatz zu ihm sind wir und zweifellos auch der größte Teil der Versammlung der Auffassung, daß durch seine Darlegungen wiederum nicht der „Sonnenschein der Klarheit" gegangen ist. Und damit punktum! Hr. Peter!

Der Vorsitzende der Freisinnigen Volkspartei, sein Name ist Schaaf, meinte mit dem bekannten Zentrumsgegner [nicht Zentrumsfreund, wie Hr. Schaaf die Wahrheit mißhandelnd sagte] Dr. Sigl mit Bezug auf das Zentrum, „sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip".

Ja, „würdig und sachlich" war diese „Abrechnung mit dem Zentrum", nach jungliberalen Begriffen.

*

Zu Beginn der Versammlung erhob sich der liberale Stadtverordnete Dr. Nockher und machte Mitteilung, daß er den in seiner Nähe in Lindenthal wohnenden Hrn. Geheimrat Joesten besucht und ihn gefragt habe, ob es richtig sei, was Hr. Falk über die Gründe mitgeteilt habe, die dazu geführt hätten, daß Hr. Joesten vom Zentrum nicht wieder aufgestellt worden sei. Hr. Joesten habe ihn (Nockher) autorisiert, in der heutigen liberalen Versammlung zu erklären, 1. daß in der Sitzung des Zentralwahlkomitees des Zentrums ihm (Joesten) tatsächlich der Vorwurf gemacht worden sei, daß er die Fraktionssitzungen häufig nicht besucht habe; 2. daß in der gleichen Sitzung gesagt worden sei, es wäre zuweilen besser gewesen, wenn er (Joesten) bei Besetzung von Aemtern nicht anwesend gewesen wäre; es könne sich nur um einen Fall bei Besetzung einer Schulstelle handeln; 3. daß ihm (Joesten) in derselben Sitzung der Vorwurf gemacht worden sei, daß er (in Sachen Professor Aschaffenburg) gegen den Vorschlag des Fraktionsvorsitzenden gestimmt habe.

[Wir wollen uns jeder weiteren Bemerkung enthalten und lediglich nochmal feststellen, daß der bisherige Zentrumsstadtverordnete Geheimrat Joesten den liberalen Stadtverordneten Dr. Nockher autorisiert hat, über Verhandlungen aus einer vertraulichen Sitzung des Zentralwahlkomitees der Zentrumspartei in einer öffentlichen liberalen Versammlung zu berichten.]

*

Zentrumshirne, die ausgenommen und den Schweinen vorgeworfen werden müßten!

In einer Versammlung des liberalen Arbeitervereins München hat anfangs Mai 1905 der jungliberale Führer, Rechtsanwalt Kohl, 1907 liberaler Reichstagskandidat für München II, von „Zentrumshirnen" geredet, „die ausgenommen und den Schweinen vorgeworfen werden" müßten. Das ist das wahre Gesicht der Jungliberalen, wenn sie die Maske fallen lassen. Die Jungliberalen sind heute in der Kölner liberalen Partei tonangebend, sie haben die Parteileitung unter ihre Fuchtel gebracht und der Stadt-Anzeiger hat sich ihnen mit Haut und Haar verschrieben. Hr. Moldenhauer gar ist stolz darauf, was „unsere Jugend" geworden ist.

Die Bürgerschaft Kölns muß diese Sorte von Liberalismus aus dem Rathaus fern halten!

*

* Die Lieblinge der Jungliberalen.

Bei der an einem der letzten Tage in Kaimling (Bez. Bohenstrauß) von sozialdemokratischen Fabrikarbeitern abgehaltenen „Volksversammlung" wurde laut Augsb. Postztg. der katholische Pfarrer Sterr von Roggenstein, wohin Kaimling zur Seelsorge gehört, als er mit einigen Bauernburschen heimwärts ging, von den Sozialdemokraten überfallen und mit einem Hagel von Steinwürfen überschüttet. In der Versammlung kurz vorher hatte der rote Redner Gentner aus Pegnitz gesagt, die Sozialdemokratie sei keine Feindin der Priester und der Religion; seine „Genossen" aber waren in der Praxis eine Viertelstunde später anderer Ansicht.

Gesellschafts- und Vereinsleben.

Der Kölner Blindenfürsorgeverein ist seit Jahren bestrebt, das Wohl der Kölner Blinden dadurch zu fördern, daß er 1. denselben Arbeit zu verschaffen sucht, 2. Blinde in der Blindenarbeit ausbildet, 3. den bedürftigen Blinden Geld-Unterstützungen, teils regelmäßige, teils außerordentliche zuteil werden läßt, und 4. für die Gesamtheit der Blinden jährlich eine Weihnachtsbescherung veranstaltet. Der Kölner Blindenfürsorgeverein ist eine Abzweigung des großen Rheinischen Blindenfürsorgevereins. Während dem Vereine nun in früheren Jahren häufiger Zuwendungen zuflossen, haben die immer umfangreicher an die private Wohltätigkeit gestellten Anforderungen in letzter Zeit die jährlichen Beiträge für die Blinden immer geringer werden lassen. Zwar gibt sich der Verein die größte Mühe, durch emsige Werbetätigkeit demselben neue Mitglieder zuzuführen; aber bei der durchschnittlich geringen Höhe dieser Zeichnungen sind die Ergebnisse leider unzureichend und das um so mehr, als die Zahl der Blinden, die dem Verein unterstellt sind, sich von Jahr zu Jahr vermehrt hat. Der Kölner Blindenfürsorgeverein hat stets aufs dankbarste anerkannt, wenn die Musikalischen und die Karnevalsgesellschaften — Kölner Männergesangverein, Liederkranz, Schubertbund, Männergesangverein Concordia u. a., die Kölner Narrenzunft, die Fastnachts-Dienstagballgesellschaften Konzerte resp. Veranstaltungen für ihn unternommen haben. Wir möchten — so schreibt man uns — die Gesellschaften aufs herzlichste und wärmste bitten, diese Bestrebungen zum Vorteile unserer Blinden fortzusetzen. Aber auch unserer Bürgerschaft möchten wir aufs neue die Bitte ans Herz legen, durch Bestellung von Blindenarbeiten (Stuhlflechten, Korbflechten, Bürstenmachen) bei dem Schriftführer des Vereins, Lehrer Thomé, Hochstadenstraße 22, sowie durch vermehrte Beitragszeichnung das weitere Bestehen des Vereins zu fördern und vielleicht auch gelegentlich dahin zu wirken, daß bei letztwilligen Verfügungen des Kölner Blindenfürsorgevereins gedacht werde.

„Emmerlinge"

Bester Nährzwieback!

Königl. Preuss. Staats-Medaille! Ehrenpreis! Gold. Medaillen!

In Pak. enth. 10 St. = 10 Pfg.
In Kartons enth. 30 St. = 30 Pfg.

Zu haben in allen Nahrungsmittel-Geschäften!
Man hüte sich vor wertlosen Nachahmungen! –

Vertreter: Ludw. Blatzheim, Köln, Werderstrasse 7. Tel. 1865. c*

Meder's

mech. Teppich-Klopfwerk
Joseph Meder jun.
Merovingerstr. 5 Fernsprech-Nr. 752
Mechanische u. chemische Reinigung v. Teppichen, Fellen, Polstermöb. usw.
Kunststopferei. Reparatur. Aufbewahrung.
Motten-Vernichtung
aus Gegenständen aller Art.
Volle Garantie. o Billigste Berechnung.

Möbel-Aufbewahrung.

Praktische und elegante
Namenstagsgeschenke
für
Katharina

Tischdecken
von 3 bis 40 Mark
Felle und Vorlagen
von 2⁴⁰ bis 60 Mark *l
Kamelhaardecken
8⁴⁰ 9⁶⁰ 11⁵⁰ 13 bis 32 Mark
Jacquarddecken
von 2⁵⁰ Mark an
Steppdecken in Satin
von 6⁵⁰ Mark an
Kolossal billige Preise
Gebrüder Herbrand
Eigelstein 29—31.

Brautkränze
in neuester Bindeart.
Brautschleier billigst.
Jul. Gliesche Söhne, Schildergasse 105.

Bertram Ackens, Köln
Hohe Strasse 96, I. Etage.
Verlege
Mitte Januar 1910 mein **Lederwaren-Geschäft** nach v*
Wallrafplatz Nr. 4.
Die noch vorrätigen Waren verkaufe ich mit 10% Preisermässigung, sowie einen Waren-Posten, welchen ich nicht weiter führe, mit 20%.

Heinr. Klein
Weidenbach 9. Fernspr. 1529.
Kohlen, Koks und Briketts
in jedem gewünschten Quantum
: für Hausbrand und Industrie :
Zechenkoks
in allen Korngrössen für Zentralheizungen
Anthr.-Nüsse: **Langenbrahm**
Nuss III Langenbrahm für Sauggasmotore. o*

P. P.

Bitte schicken Sie mir 2 Dosen Ihrer Rino-Salbe à Mk. 1.—, da ich Sie für jemand notwendig brauche. Sie wirkte bei allen, bei denen ich sie gegen Beinleiden oder Hautausschläge anwendete, vorzüglich, sie ist mir unentbehrlich.

In aller Hochachtung
Schwester **Sales.**
E., Waisenhaus, den 11./2 06

Diese Rino-Salbe ist in Dosen à Mk. 1.15 und Mk. 2.25 in den meisten Apotheken vorrätig, aber nur echt in Originalpackung weiss-grün-rot und Firma R. Schubert & Co., Weinböhla. Fälschungen weise man zurück.

Nur von auserlei. Rüben, der best. Trockenfütterung gewonnene
Säuglings-Milch
Kur-Milch u. -Sahne
liefert d. bekannte Musteranstalt
F. Büth, Hohenzollernring 50.

Kaufen Sie nicht, ehe Sie meine billigen Preise gehört u. meine gr. Auswahl in
Oefen
und Herden gesehen, 200 Stück am Lager. **C. Priel, Köln, Stephanstraße 7—9.** *l

---

Im Laboratorium der Hohenzollernapotheke
Hohenzollernring, Ecke Ehrenstrasse, werden
Harn- und Sputumanalysen
sachgemäss ausgeführt. Bei regelmässigen Untersuchungen sogenannte Eiweiss- und Zuckerkontrolle. Preise nach Vereinbarung. *a
Alexander Hilbck, Apotheker.

Eine Sehenswürdigkeit
sind unsere Ausstellungs-Säle mit den neuesten Mustern in
modernen Kronleuchtern und Ampeln
für Gas und elektrisches Licht
Reichhaltige Auswahl
in Beleuchtungskörpern für Schaufenster und Laden-Beleuchtungen.
Lieferung erfolgt nur durch Installateure.
Linz & Co., Gasglühlicht-Fabrik
Schaafenstrasse 25. f*

Stadtratswahl 2. Klasse.
Wir bitten unsere Parteifreunde recht dringend, ihr Wahlrecht möglichst heute, Montag,
auszuüben. v*
Der geschäftsführende Ausschuss der Kölner Zentrumspartei.

Das Wahlbureau der Zentrumspartei
befindet sich während der
Stadtratswahl
im großen Saale der Bürgergesellschaft.
Der geschäftsführende Ausschuß der Zentrumspartei.
*
Für die Wahltage unter besonderer
Telephon-Nr. 349
anzurufen. b*

Städt. Sparkasse Brühl
Mündelsicher. *r
Belvederestrasse 24.
4 %
bei Jahreskündigung für Einlagen von 2000 M. an.
3 ½ %
für alle anderen Einlagen in **jeder Höhe** bei **täglicher Verzinsung.**
Kostenlose Einzahlung auf Postscheck-Konto Köln Nr. 3159 oder Reichsbank-Giro-Konto.
Kassenstunden 8½—12½ u. 3-5 Uhr. Sonntags 11-12 Uhr. Mittwoch-Nachmittags geschlossen.

Katharina!

Ein willkommenes, für die Bezieher des L A außerordentlich billiges Geschenk ist ein Band der L A B (Local-Anzeiger-Bücherei). Jeder Band, 206 Seiten in elegantem, biegsamem Leinenband . . nur M. 1,—
— für auswärts . . . . . M. 1,20
— Preis für Nichtbezieher des L A . . . M. 2,50
— für auswärts . . . . . M. 2,70

Bestellzettel
auf
..... Stück Band 1 der L A B
..... „ „ 2 „ L A B
Ort .....
Name .....
Straße ..... } Recht deutlich.
Haus-Nr. ..... Etage .....
Tag .....

L A B ist zu haben außer in der Geschäftsstelle Marzellenstraße 37, bei unseren Haupt- und Bezirksvertretungen, Anzeigen-Annahmestellen, sowie bei allen Zeitungsträgerinnen des Kölner Local-Anzeigers und der Kölnischen Volkszeitung.

Gamaschen
aller Art. Große Auswahl in jedem Preise. v*
Extra-Anfertigung nach Wunsch.
Heinr. Müller, Unter Taschenmacher 28, am Hauptbahnhof.

Verlag u. Druck v. J. P. Bachem. Verantwortl. Redakteur: Jos. Bestler. Verantwortlich für Aus der Arbeiterwelt: Pet. Dedenbach; für Anzeigen- u. Reklamenteil: C. Okle. Alle in Köln.